

Privilegierte Beamte?

Eine Dokumentation des Beitrags
von Prof. Dr. Renate Köcher
in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung
Nr. 225 vom 27. September 2025

INHALT

Tabellenübersicht

Originalmanuskript

Untersuchungsdaten

Anhangtabellen

Schaubilder

Veröffentlichung in der Frankfurter Allgemeinen
Zeitung Nr. 225 vom 27. September 2025, S. 10,
unter dem Titel:

"Die privilegierten Beamten. Die Bürger blicken kritisch
auf den Status der Staatsdiener."

TABELLENÜBERSICHT

Tabelle	A	1	Vorteile des Beamtenstatus
	A	2	Nachteile des Beamtenstatus
	A	3	Beliebter Beamtenstatus
	A	4	Sind Beamte zeitgemäß?
	A	5	Braucht man Beamte?
	A	6	Staatstreue Beamte?
	A	7	Wo Beamte nötig sind und wo nicht
	A	8	Akzeptanz von Sonderregelungen für Beamte
	B	1	Zweitstimmen-Wahlabsicht (Sonntagsfrage)
Schaubild		1	Privilegiert?
		2	Die Gratifikationen des Beamtenstatus
		3	Dem Staat verpflichtet?
		4	Beamtenstatus findet in Justiz- und Sicherheitsberufen breite Unterstützung
		5	Selektive Verbeamtung

Originalmanuskript

Prof. Dr. Renate Köcher

Institut für Demoskopie Allensbach

Privilegierte Beamte? Kritischer Blick der Bürger auf den Beamtenstatus

Eine Neuregelung der Beamtenvergütung sorgt zurzeit für kontroverse Diskussionen. Einige Bundesländer haben die Zuschläge für das dritte und jedes weitere Kind von Beamten deutlich erhöht, beispielsweise Baden-Württemberg auf knapp 1.000 Euro. Auslöser war ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das 2020 die Besoldung von kinderreichen Richtern und Staatsanwälten in Nordrhein-Westfalen für zu gering und damit verfassungswidrig erklärte; die Alimentation für das dritte und jedes weitere Kind müsse an der Grundsicherung ausgerichtet werden, die aber noch einmal um 15 Prozent aufzustocken sei, um als angemessen bewertet zu werden. Die Zahlung von Kindergeld ist durch diese Regelung nicht berührt. Die Bundesländer haben das Urteil bisher unterschiedlich umgesetzt, aber den Kinderzuschlag ab dem dritten Kind für alle Besoldungsgruppen deutlich erhöht.

Der Staat ist qua Gesetz nach dem Alimentationsprinzip verpflichtet, Beamten und ihren Familien einen ausreichenden Lebensunterhalt zu sichern. Im Allgemeinen lösen Vergütungsanpassungen keine gesellschaftlichen Debatten aus. Diesmal ist dies aufgrund der Höhe des ab dem dritten Kind gezahlten Betrags anders. Nicht nur der Steuerzahlerbund des Landes Baden-Württemberg äußert Kritik, sondern auch einige Politiker und der Beamtenbund selbst, der fürchtet, dass die finanzielle Besserstellung von Beamtenkindern schwer vermittelbar ist.

Diese Sorge ist nicht unbegründet. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hält Beamte ohnehin für privilegiert. 79 Prozent sind davon überzeugt, auch die Mehrheit der Beamten selbst stimmt hier zu. Auch abseits der Neuregelung des Kinderzuschlags sieht die Mehrheit enorme Gratifikationen des Beamtenstatus, angefangen von der Altersversorgung über den weitgehenden Schutz vor Kündigungen, die Sicherheit der Bezüge selbst in Krisenzeiten und die Befreiung von Beiträgen zur gesetzlichen Arbeitslosen- und Rentenversicherung bis hin zum vorgezeichneten Aufstieg in höhere Besoldungsstufen. 87 Prozent der Bevölkerung sehen in der Altersversorgung einen großen Vorteil des Beamtenstatus, 85 Prozent in dem weitgehenden Schutz vor Kündigungen, 81 Prozent in der Sicherheit der Bezüge und 73 Prozent in der Befreiung von Sozialbeiträgen.

Schaubild 1

Schaubild 2

59 Prozent halten auch für besonders attraktiv, dass Beamte in der Regel privat krankenversichert sind. Beamte selbst bewerten die Gratifikationen nicht wesentlich anders als der Durchschnitt der Bevölkerung: Den weitgehenden Schutz vor Kündigungen, die Sicherheit ihres Einkommens und die private Absicherung für den Krankheitsfall heben sie tendenziell noch mehr hervor, unterdurchschnittlich die materiellen Aufstiegsmöglichkeiten und die Befreiung von Beiträgen zur gesetzlichen Arbeitslosen- und Rentenversicherung.

Tabelle A 1

Die Bürger und insbesondere die Beamten selbst verbinden mit dem Beamtenstatus jedoch durchaus auch Nachteile, vor allem mögliche Einschränkungen der freien Ortswahl für die Ausübung des Berufs, relativ starre Hierarchien und viele bürokratische Vorgaben. 50 Prozent der Bevölkerung halten es für einen Nachteil, dass teilweise der Arbeitsort vorgeschrieben wird; 44 Prozent sehen in starren Hierarchien, 42 Prozent in bürokratischen Vorgaben Nachteile. Beamte nennen diese Punkte nur marginal häufiger als die Bevölkerung. Anderes sehen sie jedoch weitaus kritischer als nicht verbeamtete Bevölkerungskreise; das gilt insbesondere für die Gehälter im öffentlichen Dienst im Vergleich zur Privatwirtschaft: 30 Prozent der Bevölkerung, aber 54 Prozent der Beamten sind überzeugt, dass die Gehälter oft nicht mit den in der Privatwirtschaft erzielbaren Einkommen mithalten können. 45 Prozent der

Tabelle A 2

Beamten halten es auch für einen großen Nachteil, dass sich die Beförderungschancen durch gute Leistungen kaum beeinflussen lassen; 56 Prozent sind darüber hinaus überzeugt, dass Beamte mit negativen Vorurteilen zu kämpfen haben – eine Einschätzung, die allerdings nur 31 Prozent der Bevölkerung teilen. Das Streikverbot empfinden 41 Prozent der Beamten als Nachteil, in der Bevölkerung jeder Vierte.

Insgesamt wiegen die Vorteile aus Sicht der meisten Beamten die Nachteile jedoch bei Weitem auf: Die überwältigende Mehrheit ist gerne verbeamtet. Das gilt für 84 Prozent, während nur 3 Prozent ihren Status überwiegend kritisch sehen, die übrigen angesichts von Gratifikationen und Nachteilen gespalten sind. Bemerkenswert ist, dass der Beamtenstatus auf nicht Verbeamtete nur begrenzt Anziehungskraft ausübt – trotz der Vorzüge, die die überwältigende Mehrheit mit diesem Status verbindet. Nur jeder fünfte nicht Verbeamtete wäre gerne Beamter, die Mehrheit winkt ab. Das hat auch damit zu tun, dass sich viele in der heutigen Zeit mit dem Konzept und der Sonderstellung des Beamtentums schwertun. Nur 28 Prozent halten das Konzept des Beamtentums für zeitgemäß, 43 Prozent für veraltet. Überdurchschnittlich sehen die ostdeutsche Bevölkerung und AfD-Anhänger im Beamtentum ein Relikt aus vergangener Zeit. Entsprechend sind auch 41 Prozent überzeugt, dass man auf Beamte verzichten und

Tabelle A 3

Tabelle A 4

Tabelle A 5

alles mit Angestellten des öffentlichen Dienstes regeln könnte. Auch diese Auffassung ist in Ostdeutschland Mehrheitsmeinung wie auch unter Anhängern von AfD und Linker. Jüngere schließen sich dieser Position weitaus häufiger an als die ältere Generation. Ein Langzeitvergleich macht allerdings deutlich, dass diese Auffassung keineswegs erst in den letzten Jahren an Unterstützung gewonnen hat. Schon Ende der 90er Jahre war eine relative Mehrheit von damals sogar 47 Prozent überzeugt, dass der öffentliche Dienst gänzlich auf Angestelltenverhältnisse aufgebaut werden könnte.

Tabelle A 5

Seit Langem überwiegen in der Bevölkerung auch Zweifel, ob Beamte sich dem Staat durch ein besonderes Treueverhältnis verbunden fühlen. Nur jeder Vierte ist davon überzeugt, während 49 Prozent davon ausgehen, dass Beamte den Staat lediglich als normalen Arbeitgeber sehen. Ende der 90er Jahre war diese Einschätzung noch weiter verbreitet. Beamte selbst ziehen eine völlig andere Bilanz: 62 Prozent sind überzeugt, dass sich Beamte im Allgemeinen dem Staat besonders verpflichtet fühlen, nur gut jeder Vierte geht davon aus, dass die meisten es als normales Arbeitsverhältnis sehen.

Schaubild 3

Tabelle A 6

Schaubild 3

Viel spricht jedoch dafür, dass die Treuepflicht und generell die Bedeutung und Funktion von Beamten zu wenig reflektiert und diskutiert werden. Die in der Bevölkerung weit

verbreiteten Zweifel, ob das Beamtentum noch zeitgemäß ist oder nicht durch Angestelltenverhältnisse ersetzt werden könnte, lösen sich weitgehend auf, wenn konkrete Berufsgruppen zur Diskussion stehen. Dieselben Interviewpartner, die das Beamtentum zunächst zum überholten Relikt erklären, votieren dann plötzlich mit überwältigender Mehrheit für die Beibehaltung von Beamten. Das gilt für alle Bereiche, die Garanten von innerer und äußerer Sicherheit sind: Polizei, Justiz, Grenzbeamte und Soldaten. So sprechen sich 84 Prozent der Bevölkerung für den Beamtenstatus von Polizisten aus, 77 Prozent bei Richtern, 70 Prozent bei Staatsanwälten. 58 Prozent möchten Mitarbeiter beim Zoll verbeamtet sehen, 57 Prozent im militärischen Bereich. Bei anderen Berufsgruppen sieht die große Mehrheit dagegen keine Notwendigkeit für eine Verbeamtung. Das gilt für Lehrer und Erzieher wie für Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, für Politiker, Bürgermeister, Professoren und vor allem für Mitarbeiter in Staatsbetrieben wie Post und Bahn. Zwei Drittel halten eine Verbeamtung bei Verwaltungsmitarbeitern wie in Finanzämtern oder Landratsämtern nicht für notwendig, 77 Prozent bei Politikern, 64 Prozent auch bei Lehrern. Beamte sprechen sich auf allen Berufs- und Aufgabenfeldern überdurchschnittlich für Verbeamtungen aus. Das gilt insbesondere für Lehrer: Nur 35 Prozent der Bevölkerung, aber 61 Prozent der

Schaubild 4

Tabelle A 7

Beamten plädieren hier für eine Verbeamtung. Bei den anderen Berufsgruppen ziehen die Beamten selbst dagegen die Grenze ähnlich wie die Bevölkerung. Sie halten mit überwältigender Mehrheit eine Verbeamtung bei allen Aufgaben, die mit innerer und äußerer Sicherheit zu tun haben, für notwendig, mehrheitlich jedoch nicht bei Verwaltungsmitarbeitern, Bürgermeistern, Professoren oder Arbeitnehmern in Staatsbetrieben.

Der aktuell diskutierte Vorschlag, selektiver zu verbeamten, findet nicht nur in der Bevölkerung breite Zustimmung, sondern auch bei der relativen Mehrheit der Beamten selbst. 78 Prozent der Bürger unterstützen diesen Vorschlag, 7 Prozent sprechen sich dagegen aus. Von den Beamten selbst votieren 46 Prozent für, 27 Prozent gegen diese Überlegungen.

Schaubild 5

Gibt es in Bezug auf den Vorschlag, die Grenzen für eine Verbeamtung enger zu ziehen, noch eine relativ große Übereinstimmung zwischen Bevölkerung und Beamten, ist das völlig anders, wenn die Besonderheiten und hier insbesondere die Gratifikationen des Beamtenstatus zur Debatte stehen. In Bezug auf die Beschränkung des Streikrechts sind sich Beamte und nicht verbeamtete Bevölkerungskreise noch weitgehend einig: 49 Prozent der Beamten, 52 Prozent der nicht Verbeamteten votieren für die Beibehaltung des

Tabelle A 8

Streikverbots. Relativ viel Unterstützung findet grundsätzlich auch der Kinderzuschlag, der Beamte mit Kindern besserstellt als Kinderlose, auch über das Kindergeld hinaus: 44 Prozent der Bevölkerung halten diese Regelung für richtig, 77 Prozent der Beamten selbst. Insgesamt finden Vorschläge, die den Sonderstatus von Beamten in Frage stellen, in der Bevölkerung jedoch breite Unterstützung, insbesondere die Befreiung von Beiträgen zur gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung: 86 Prozent der Bevölkerung votieren dafür, auch Beamte zu Zahlungen in die Rentenkasse zu verpflichten, 80 Prozent zu Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung. Folgerichtig plädiert die große Mehrheit auch dafür, dass Beamte kündbar sein sollen; ansonsten wären Forderungen nach ihrer Einbeziehung in die Arbeitslosenversicherung kaum vertretbar. Die große Mehrheit spricht sich auch für Änderungen bei der Krankenversicherung von Beamten aus und gegen regelmäßige Besoldungserhöhungen. Beamte selbst verteidigen verständlicherweise mit überwältigender Mehrheit die Vorteile des Beamtenstatus, insbesondere den Schutz vor Kündigungen, altersabhängige Besoldungserhöhungen, die private Krankenversicherung und die Nichteinbeziehung in die Arbeitslosenversicherung.

Tabelle A 8

Angesichts der Probleme der staatlichen Sozialkassen, insbesondere der Renten- und

Krankenversicherung, könnten diese Gratifikationen des Beamtenstatus verstärkt in die Diskussion geraten. Die große Mehrheit verspricht sich insbesondere in Bezug auf die schwierige Lage der Rentenversicherung von der Einbeziehung von Bevölkerungsgruppen, die bisher nicht oder nur freiwillig Beiträge leisten, einen signifikanten Beitrag zur Stabilisierung des Systems. Die politischen Reformdiskussionen machen allerdings nicht den Eindruck, dass man solchen Überlegungen viel abgewinnen könnte.

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:	Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland
Anzahl der Befragten:	1013
Befragungszeitraum:	5.09. bis 17.09.2025
Methode:	Repräsentative Quotenauswahl
Art der Interviews:	Mündlich-persönliche Interviews (face-to-face)

Anhangtabellen

Vorteile des Beamtenstatus

Tabelle A 1
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Was glauben Sie, was ist besonders attraktiv daran, verbeamtet zu sein? Was sind die größten Vorteile?"

	Bevölk. insg.	Beamte
	%	%
Dass man nahezu unkündbar ist.....	85	93
Dass man selbst in Krisenzeiten ein sicheres Einkommen hat	81	85
Dass man eine gute Altersversorgung hat, die in der Regel höher ist als die gesetzliche Rente.....	87	84
Dass man in der Regel privat krankenversichert ist	59	66
Dass man automatisch alle paar Jahre in eine höhere Gehaltsgruppe kommt.....	71	64
Dass man keine Beiträge in die gesetzliche Arbeitslosen- und Rentenversicherung einzahlen muss	73	59
Dass sich Beförderungen auch an der Dienstzeit orientieren und man dadurch klare Karriere­möglichkeiten hat	47	43
Dass es klare Zuständigkeiten gibt	25	38
Dass man als Beamter in der Regel ein hohes Ansehen genießt	20	22

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13008, September 2025

Nachteile des Beamtenstatus

Tabelle A 2
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Und was sind in Ihren Augen die größten Nachteile, wenn man Beamter ist?"

	Bevölk. insg.	Beamte
	%	%
Dass man seinen Arbeitsort vorgeschrieben bekommen kann, die eigene berufliche Freizügigkeit eingeschränkt ist	50	55
Dass es relativ starke Hierarchien gibt	44	46
Das es viele bürokratische Vorgaben gibt	42	45
Dass die Laufbahn in der Regel vorgegeben ist, man nicht einfach den Karriereweg wechseln kann	31	43
Dass man bei guter Qualifikation oft weniger verdient als in der Privatwirtschaft	30	54
Dass man durch gute Leistungen nur wenig Einfluss auf Beförderungen nehmen kann	28	45
Dass es über Beamte negative Vorurteile gibt	31	56
Dass man nicht streiken darf	26	41
Dass man im Beruf politisch neutral sein muss	24	28
Dass man nur schwer in die freie Wirtschaft wechseln kann	17	22

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13008, September 2025

Beliebter Beamtenstatus

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Beamte ab 16 Jahre

FRAGE: "Sind Sie gern Beamter/Beamtin?"

	Beamte
	%
Ja	84
Nein.....	3
Unentschieden	<u>13</u>
	100

Tabelle A 3
Bundesrepublik Deutschland
Nicht Verbeamtete ab 16 Jahre

FRAGE: "Würden Sie gern Beamter/Beamtin sein?"

	Nicht Verbbeamtete
	%
Ja	21
Nein.....	54
Unentschieden	<u>25</u>
	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13008, September 2025

Sind Beamte zeitgemäß?

Tabelle A 4
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: „Was würden Sie sagen: Ist es noch zeitgemäß, dass es Beamte gibt, oder ist das veraltet?“

	Bevölkerung		
	insgesamt	Ost- deutschland	Anhänger der AfD
	%	%	%
Zeitgemäß	28	24	19
Veraltet.....	43	52	52
Unentschieden	<u>29</u>	<u>24</u>	<u>29</u>
	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13008, September 2025

Braucht man Beamte?

Tabelle A 5
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: „Wenn jemand sagt: 'Man braucht keine Beamten, man könnte auch alles mit Angestellten des öffentlichen Dienstes regeln.' Finden Sie, der hat recht oder nicht recht?“

	Bev. insg.		Ost- deutschland 2025	Altersgruppen		Anhänger von	
	----- 1997	2025		16-29- Jährige	60 J. u.ä.	----- Die Linke	AfD
	%	%	%	%	%	%	%
Hat recht.....	47	41	53	46.....	36	63.....	52
Nicht recht.....	29	29	19	28.....	32	14.....	22
Unentschieden	<u>24</u>	<u>30</u>	<u>28</u>	<u>26</u>	<u>32</u>	<u>23</u>	<u>26</u>
	100	100	100	100	100	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6039, 13008

Staatstreue Beamte?

Tabelle A 6
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: „Glauben Sie, dass sich Beamte im Allgemeinen dem Staat gegenüber besonders verpflichtet fühlen, oder sehen Beamte im Staat nur ihren Arbeitgeber?“

	Bevölkerung insgesamt	
	1997	2025
	%	%
Fühlen sich besonders verpflichtet	21	24
Sehen im Staat nur ihren Arbeitgeber	62	49
Unentschieden.....	<u>17</u>	<u>27</u>
	100	100

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 6039, 13008

Wo Beamte nötig sind und wo nicht

Tabelle A 7
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: „Hier auf den Karten stehen verschiedene Berufsgruppen. In welchen Berufsgruppen sollte es Ihrer Meinung nach Beamte geben, und wo ist das Ihrer Meinung nach nicht notwendig?“

	Hier sollte es Beamte geben		Verbeamtung nicht nötig	
	Bevölk. insg %	Beamte %	Bevölk. insg. %	Beamte %
Polizisten	84	93	16	7
Richter	77	86	23	14
Staatsanwälte.....	70	81	29	16
Mitarbeiter beim Zoll.....	58	72	42	28
Soldaten.....	57	65	43	34
Lehrer.....	35	61	64	39
Verwaltungsmitarbeiter	33	48	67	52
Bei der Feuerwehr.....	32	42	68	59
Bürgermeister.....	30	42	69	58
Politiker	22	29	77	70
Professoren.....	19	28	80	72
Erzieher.....	12	20	87	80
Mitarbeiter bei der Post.....	9	15	90	85
Mitarbeiter bei der Deutschen Bahn.....	8	14	91	87

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13008, September 2025

Akzeptanz von Sonderregelungen für Beamte

Tabelle A 8
Bundesrepublik Deutschland
Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: „Hier auf diesen Karten steht einiges, was bei Beamten anders geregelt ist als bei Angestellten in der Wirtschaft. Verteilen Sie die Karten bitte einmal auf dieses Blatt hier, je nachdem, ob man das Ihrer Meinung nach so beibehalten sollte, oder ob es abgeschafft werden sollte.“

	Das sollte man beibehalten		Das sollte man abschaffen	
	Bevölk. insg %	Beamte %	Bevölk. insg. %	Beamte %
Beamte dürfen nicht streiken.....	52	49	45	51
Beamte, die verheiratet sind und Kinder haben, bekommen Zuschläge und dadurch automatisch ein höheres Gehalt als ledige Kollegen.....	44	77	52	21
Beamte können ohne Probleme Bildungsurlaub nehmen	39	65	57	31
Beamte profitieren von regel- mäßigen Besoldungserhöhungen, das Einkommen steigt automa- tisch mit zunehmendem Alter	33	77	64	19
Beamte können nicht gekündigt werden.....	25	82	73	17
Beamte sind in der Regel privat versichert und erhalten eine Beihilfe vom Staat	23	75	74	24
Die Beamtenpension wird nicht nach dem lebenslangen Einkom- mensdurchschnitt, sondern nach dem Gehalt der letzten beiden Dienstjahre berechnet	20	68	80	22
Beamte müssen keine Arbeits- losenversicherung zahlen.....	17	76	68	59
Beamte müssen keine Renten- versicherung zahlen	12	67	86	30

QUELLE: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13008, September 2025

Zweitstimmen	Gesamtdeutschland									
	CDU/ CSU %	FDP %	SPD %	Bü.90/ GRÜNE %	DIE LINKE %	AfD %	Freie Wähler %	BSW %	Sons- tige %	
2016: Jahresdurchschnitt	34,0	7,5	23,0	11,0	9,0	11,0	-	-	4,5	
2017: Jahresdurchschnitt	36,0	9,0	25,0	8,5	8,5	9,0	-	-	4,0	
2018: Jahresdurchschnitt	31,5	9,5	19,0	13,0	9,5	13,5	-	-	4,0	
2019: Jahresdurchschnitt	30,0	7,5	16,0	20,5	8,0	13,0	-	-	5,0	
2020: Jahresdurchschnitt	35,5	6,5	16,0	20,0	7,5	10,0	-	-	4,5	
2021: Jahresdurchschnitt	28,5	10,5	20,0	19,0	6,5	10,0	-	-	5,5	
Bundestagswahl 26.09.2021	24,1	11,5	25,7	14,8	4,9	10,3	-	-	8,7	
2022: Jahresdurchschnitt	28,0	8,5	23,0	18,5	5,0	11,0	-	-	6,0	
2023: Jahresdurchschnitt	31,0	7,0	19,0	15,0	4,0	17,0	1,0	-	6,0	
2024: 1. Halbjahr	33,0	6,0	16,0	13,5	3,0	16,5	1,0	6,0	5,0	
2024: 2. Halbjahr	35,0	4,5	16,0	11,0	-	17,0	-	8,0	8,5	
2024: Jahresdurchschnitt	34,0	5,0	16,0	12,0	2,0	16,5	0,5	7,0	7,0	
2025: 7. - 19. Januar	34,0	4,0	17,0	13,5	-	20,0	-	5,0	6,5	
2025: 23. Jan. - 5. Feb.	33,0	5,0	15,5	13,0	3,5	20,0	-	5,0	5,0	
2025: 7. - 20. Februar	32,0	4,5	14,5	12,0	7,5	20,0	-	4,5	5,0	
Bundestagswahl 23.02.2025	28,5	4,3	16,4	11,6	8,8	20,8	1,5	5,0	3,1	
27. Feb. - 11. März	29,5	3,0	16,0	11,5	10,0	21,0	-	4,0	5,0	
28. März - 9. April	27,0	3,0	16,0	12,0	10,0	23,5	-	4,0	4,5	
3. - 14. Mai	28,0	3,0	17,0	11,0	10,0	22,5	-	4,0	4,5	
1. - 12. Juni	29,0	4,0	16,0	11,0	9,0	23,0	-	4,0	4,0	
4. - 16. Juli	29,0	4,0	15,0	12,0	9,0	23,0	-	3,5	4,5	
1. - 14. August	28,0	4,0	16,0	11,0	10,0	22,5	-	4,0	4,5	
5. - 17. September	27,0	4,0	15,0	11,0	11,0	24,0	-	3,0	5,0	

Befragt wurden in der aktuellen Umfrage persönlich-mündlich insgesamt 1.013 Personen.

Bei dieser Stichprobengröße beträgt die Fehlerspanne bei einem Anteilswert von 30 Prozent rund +/- 3 Prozentpunkte und bei einem Anteilswert von 10 Prozent rund +/- 2 Prozentpunkte.

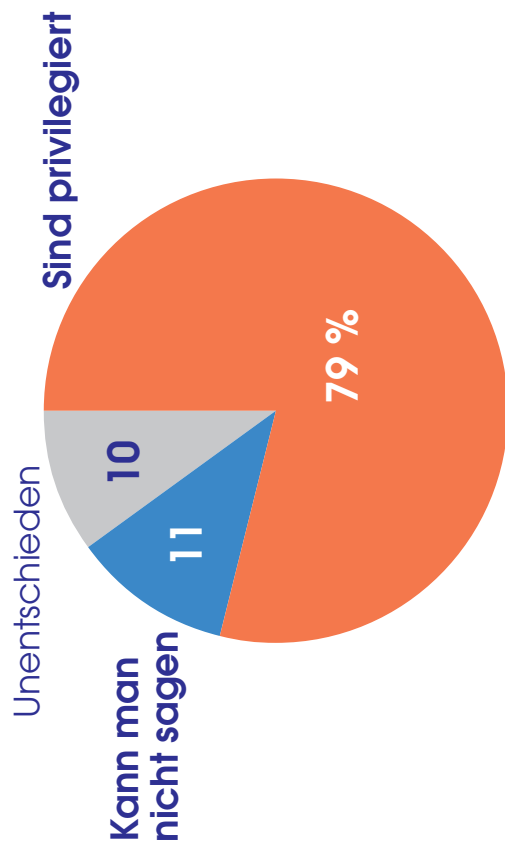
QUELLE: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Institut für Demoskopie, zuletzt IfD-Umfrage 13008

Schaubilder

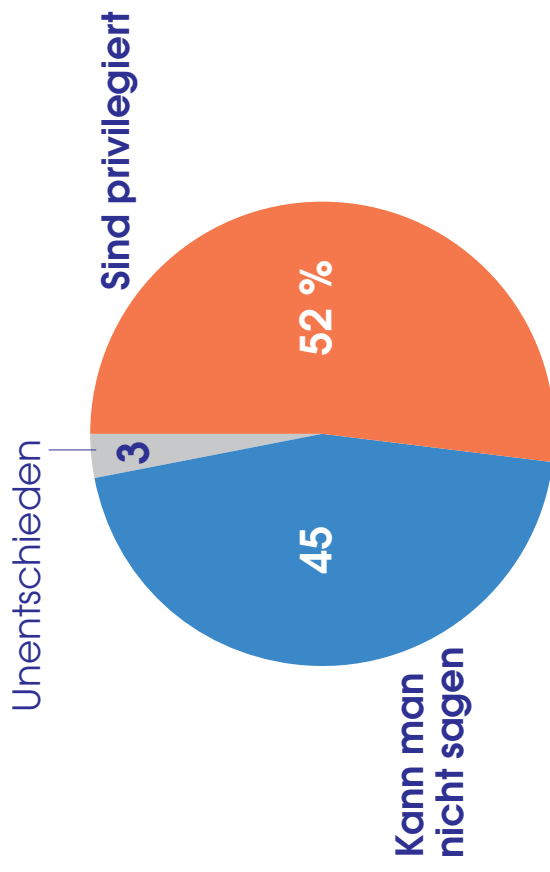
Privilegiert?

Frage: "Wie empfinden Sie das, sind Beamte bei uns privilegiert, oder kann man das nicht sagen?"

Bevölkerung insgesamt

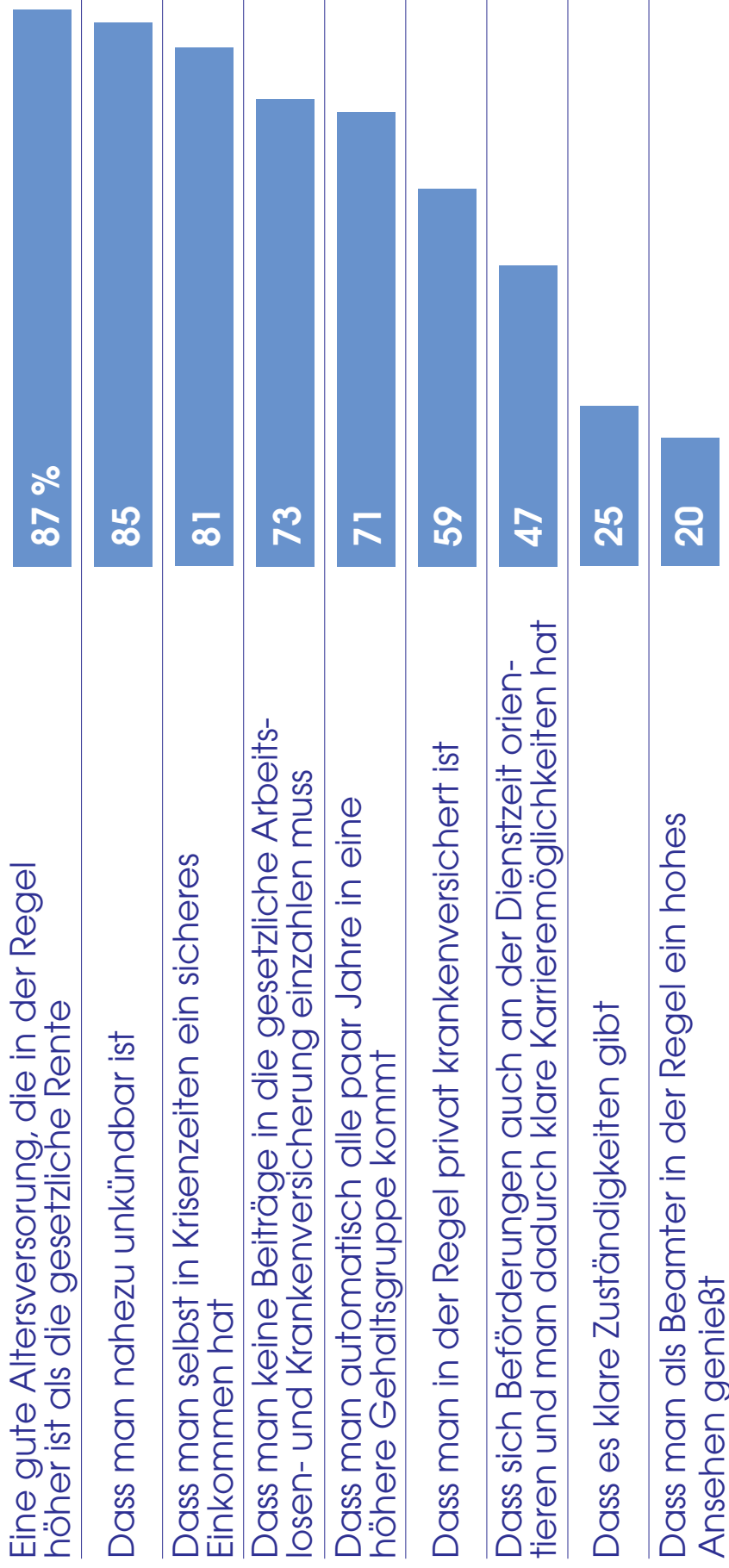


Beamte



Die Gratifikationen des Beamtenstatus

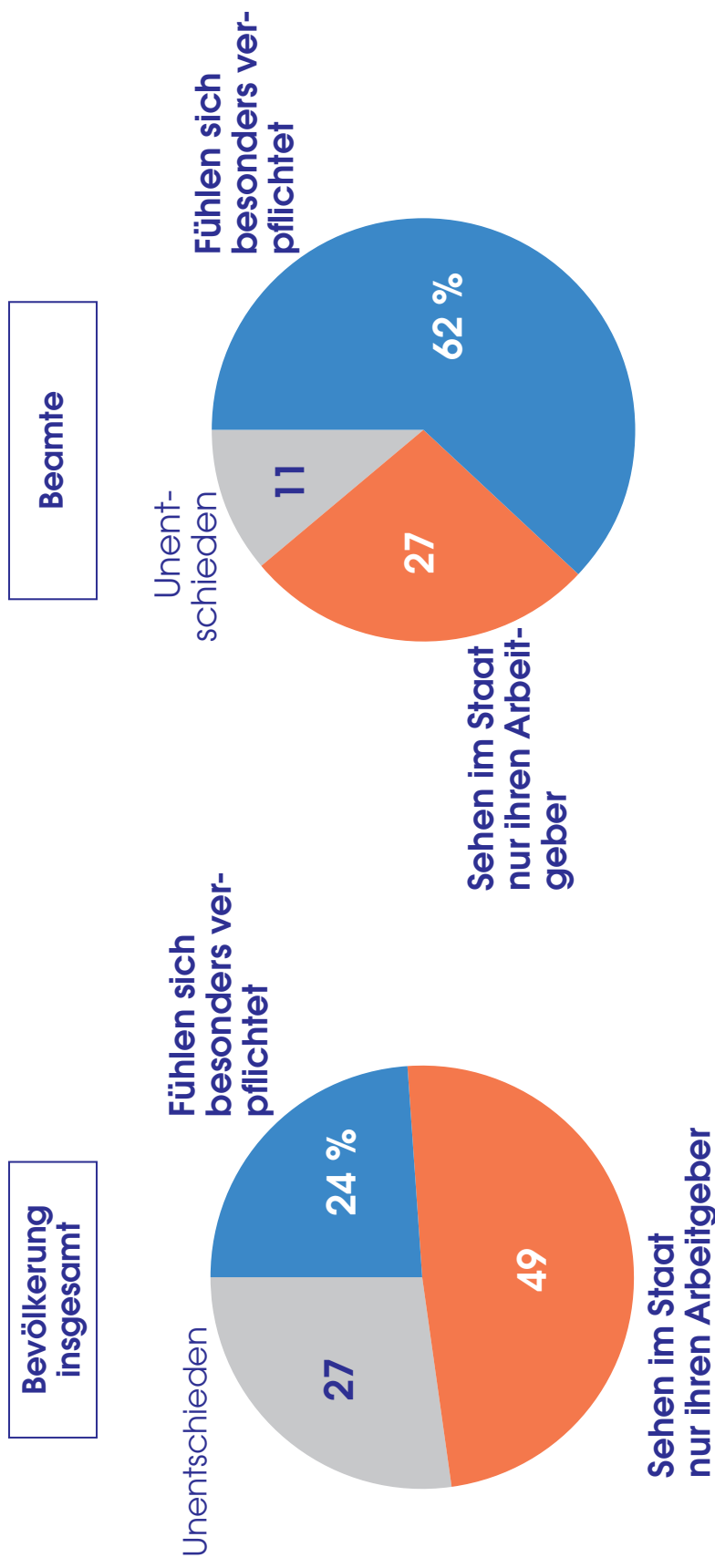
Frage: "Was glauben Sie, was ist besonders attraktiv daran, verbeamtet zu sein? Was sind die größten Vorteile?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13008

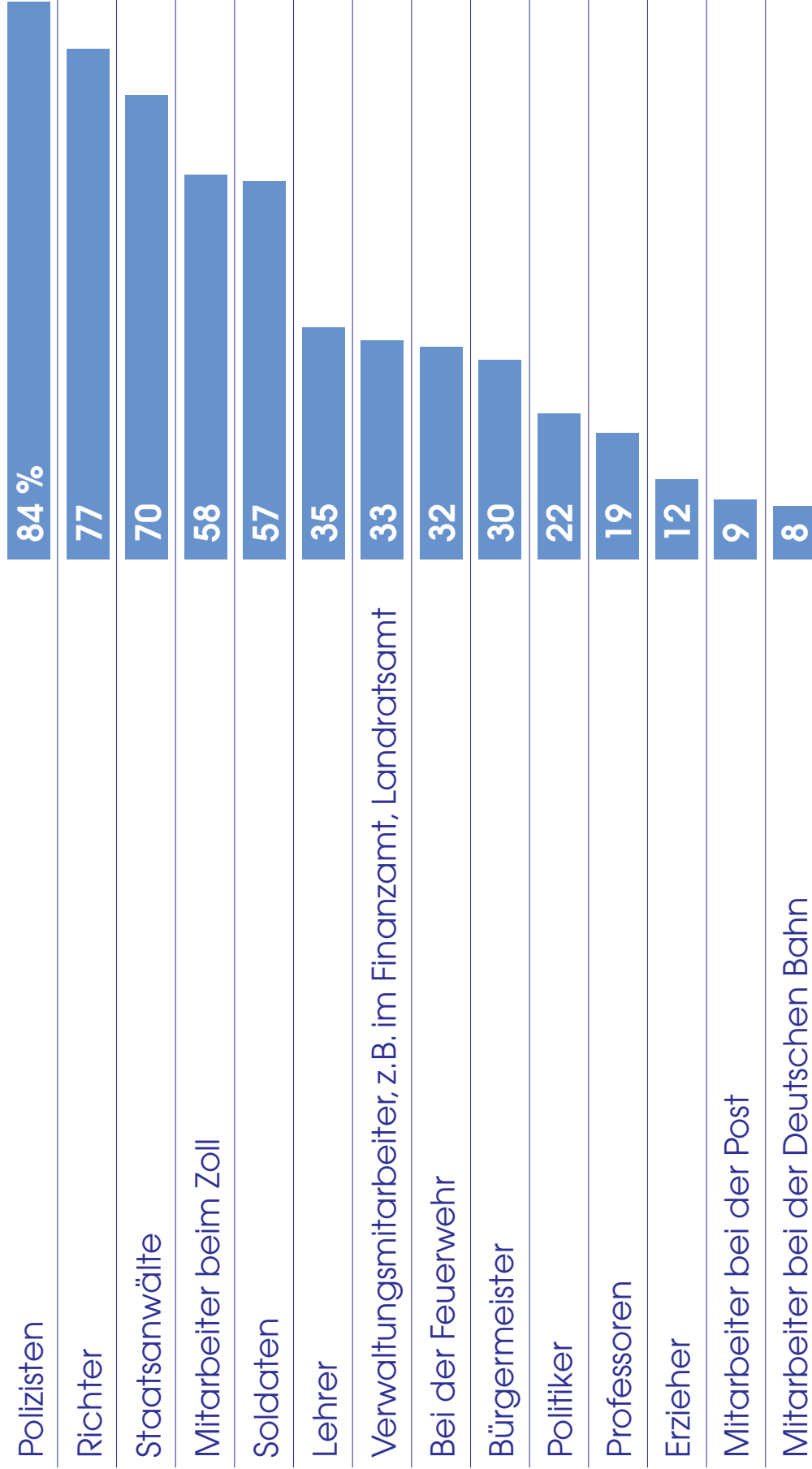
Dem Staat verpflichtet?

Frage: "Glauben Sie, dass sich Beamte im Allgemeinen dem Staat gegenüber besonders verpflichtet fühlen, oder sehen Beamte im Staat nur ihren Arbeitgeber?"



Beamtenstatus findet in Justiz- und Sicherheitsberufen breite Unterstützung

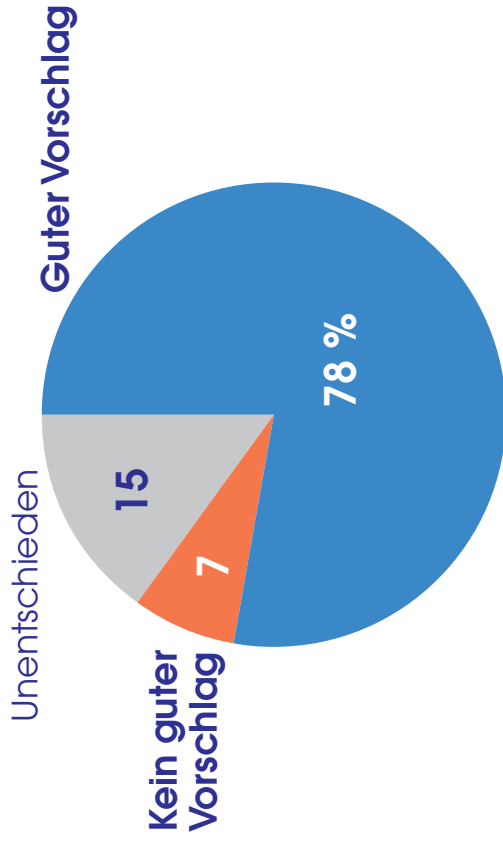
Hier sollte es Beamte geben:



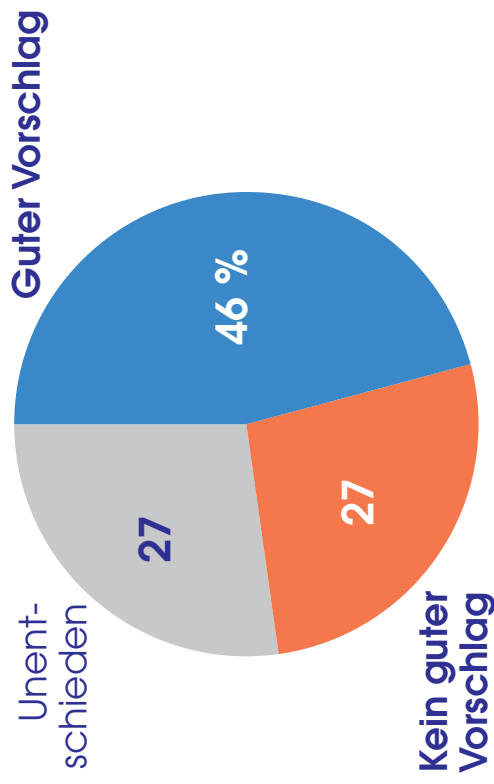
Selektivere Verbeamtung

Frage: "Vor Kurzem ist vorgeschlagen worden, dass in Zukunft weniger Berufsgruppen verbeamtet werden sollen. Halten Sie das alles in allem für einen guten Vorschlag oder für keinen guten Vorschlag?"

Bevölkerung insgesamt



Beamte



Veröffentlichung in der
Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 225
vom 27. September 2025, S. 10, unter dem Titel:

"Die privilegierten Beamten. Die Bürger blicken
kritisch auf den Status der Staatsdiener."

DEUTSCHE FRAGEN – DEUTSCHE ANTWORTEN

Die privilegierten Beamten

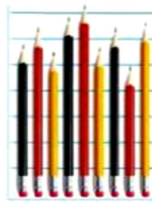
Einige Bundesländer haben die Zuschläge für das dritte und jedes weitere Kind von Beamten deutlich erhöht, beispielsweise Baden-Württemberg auf knapp 1.000 Euro. Das Bundesverfassungsgericht hatte 2020 die Besoldung von kinderreichen Richtern und Staatsanwälten in Nordrhein-Westfalen für zu gering und damit verfassungswidrig erklärt; die Alimentation für das dritte und jedes weitere Kind müsse an der Grundsicherung ausgerichtet werden, die aber noch einmal um 15 Prozent aufzustocken sei, um als angemessen bewertet zu werden. Die Zahlung von Kindergeld ist davon nicht berührt. Die Bundesländer haben das Urteil bisher unterschiedlich umgesetzt, aber den Kinderzuschlag ab dem dritten Kind für alle Besoldungsgruppen deutlich erhöht.

Der Staat ist gesetzlich verpflichtet, Beamten und ihren Familien einen ausreichenden Lebensunterhalt zu sichern. Im Allgemeinen führen Vergütungsanpassungen nicht zu großen Debatten. Diesmal ist das anders. Nicht nur der Steuerzahlerbund des Landes Baden-Württemberg äußert Kritik, sondern auch einige Politiker und der Beamtenebund selbst, der fürchtet, dass die finanzielle Besserstellung von Beamtenkindern schwer vermittelbar ist.

Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung hält Beamte ohnehin für privilegiert. 79 Prozent sind davon überzeugt, auch eine Mehrheit der Beamten selbst (52 Prozent) stimmt hier zu: Angefangen von der Altersversorgung über den weitgehenden Schutz vor Kündigungen, die Sicherheit der Bezüge selbst in Krisenzeiten und die Befreiung von Beiträgen zur gesetzlichen Arbeitslosen- und Rentenversicherung bis hin zum vorgezeichneten Aufstieg in höhere Besoldungsstufen. 87 Prozent der Bevölkerung sehen in der Altersversorgung einen großen Vorteil des Beamtenstatus, 85 Prozent in dem weitgehenden Schutz vor Kündigungen, 81 Prozent in der Sicherheit der Bezüge und 73 Prozent in der Befreiung von Sozialbeiträgen. Beamte selbst bewerten die Gratifikationen nicht wesentlich anders als der Durchschnitt der Bevölkerung: Den weitgehenden Schutz vor Kündigungen, die Sicherheit ihres Einkommens und die private Absicherung für den Krankheitsfall heben sie tendenziell noch mehr hervor, unterdurchschnittlich die materiellen Aufstiegsmöglichkeiten und die Befreiung von Beiträgen zur gesetzlichen Arbeitslosen- und Rentenversicherung.

Die Bürger und insbesondere die Beamten selbst verbinden mit dem Beamtenstatus jedoch durchaus auch Nachteile, vor allem mögliche Einschränkungen der freien Ortswahl für die Ausübung des Berufs, relativ starre Hierarchien und viele bürokratische Vorgaben. 50 Prozent der Bevölkerung halten es für einen Nachteil, dass teilweise der Arbeitsort vorgeschrieben wird; 44 Prozent sehen in starren Hierarchien, 42 Prozent in bürokratischen Vorgaben Nachteile. Beamte nennen diese Punkte nur marginal häufiger als die Bevölkerung. Anderes sehen sie jedoch weitaus kritischer als nichtverbeamtete Bevölkerungskreise; das gilt insbesondere für die Gehälter im öffentlichen Dienst im Vergleich zur Privatwirtschaft: 30 Prozent der Bevölkerung, aber 54 Prozent der Beamten sind überzeugt, dass die Gehälter oft nicht mit den in der Privatwirtschaft erzielbaren Einkommen mithalten können. 45 Prozent der Beamten halten es auch für einen großen Nachteil, dass sich die Beförderungschancen durch gute Leistungen kaum beeinflussen lassen; 56 Prozent sind darüber hinaus überzeugt, dass Beamte mit negativen Vorurteilen zu kämpfen haben – eine Einschätzung, die allerdings nur 31 Prozent der Bevölkerung teilen. Das Streikverbot empfinden 41 Prozent der Beamten als Nachteil, in der Bevölkerung jeder Vierte.

Insgesamt wiegen die Vorteile aus Sicht der meisten Beamten die Nachteile bei Weitem auf: Die überwältigende Mehrheit ist gern verbeamtet. Das gilt für 84 Prozent, während nur 3 Prozent ihrer



Die Bürger blicken kritisch auf den Status der Staatsdiener

Prof. Dr. Renate Köcher
Institut für Demoskopie
Allensbach

Status überwiegend kritisch sehen. Bemerkenswert ist, dass der Beamtenstatus auf nicht Verbeamtete nur begrenzt Anziehungskraft ausübt – trotz der Vorzüge, die die überwältigende Mehrheit mit diesem Status verbindet. Nur jeder fünfte nicht Verbeamtete wäre gern Beamter, die Mehrheit winkt ab. Das hat auch damit zu tun, dass sich viele in der heutigen Zeit mit dem Konzept und der Sonderstellung des Beamtentums schwertun.

Nur 28 Prozent halten das Konzept des Beamtentums für zeitgemäß, 43 Prozent für veraltet. Überdurchschnittlich sehen die ostdeutsche Bevölkerung und AfD-Anhänger im Beamtentum ein Relikt aus vergangener Zeit. Entsprechend sind auch 41 Prozent überzeugt, dass man auf Beamte verzichten und alles mit Angestellten des öffentlichen Dienstes regeln könnte. Auch diese Auffassung ist in Ostdeutschland Mehrheitsmeinung wie auch unter Anhängern von AfD und Die Linke. Jüngere schließen sich dieser Position weitaus häufiger an als die ältere Generation. Ein Langzeitvergleich macht allerdings deutlich, dass diese Auffassung keineswegs erst in den letzten Jahren an Unterstüt-

zung gewonnen hat. Schon Ende der 1990er Jahre war eine relative Mehrheit von damals sogar 47 Prozent überzeugt, dass der öffentliche Dienst gänzlich auf Angestelltenverhältnisse aufgebaut werden könnte.

Seit Langem überwiegen in der Bevölkerung auch Zweifel, ob Beamte sich dem Staat durch ein besonderes Treueverhältnis verbunden fühlen. Nur jeder Vierte ist davon überzeugt, während 49 Prozent davon ausgehen, dass Beamte den Staat lediglich als normalen Arbeitgeber sehen. Ende der Neunzigerjahre war diese Einschätzung noch weiter verbreitet. Beamte selbst ziehen eine völlig andere Bilanz: 62 Prozent sind überzeugt, dass sich Beamte im Allgemeinen dem Staat besonders verpflichtet fühlen, nur gut jeder Vierte geht davon aus, dass die meisten es als normales Arbeitsverhältnis sehen.

Viel spricht jedoch dafür, dass die Treuepflicht und generell die Bedeutung und Funktion von Beamten zu wenig reflektiert und diskutiert werden. Die in der Bevölkerung weitverbreiteten Zweifel, ob das Beamtentum noch zeitgemäß ist oder nicht durch Angestelltenverhältnisse ersetzt werden könnte, lösen sich weitgehend auf, wenn konkrete Berufsgruppen zur Diskussion stehen. Dies-

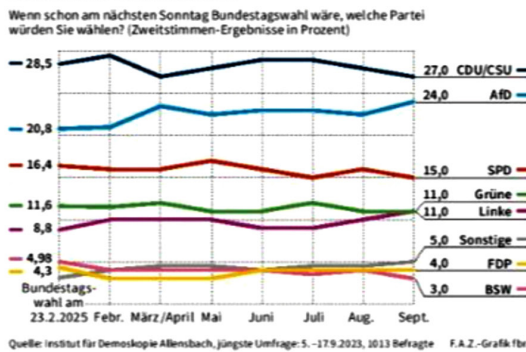
sen Interviewpartner, die das Beamtentum zunächst zum überholten Relikt erklären, votieren dann plötzlich mit überwältigender Mehrheit für die Beibehaltung von Beamten. Das gilt für alle Bereiche, die Garanten von innerer und äußerer Sicherheit sind: Polizei, Justiz, Grenzbeamte und Soldaten. So sprechen sich 84 Prozent der Bevölkerung für den Beamtenstatus von Polizisten aus, 77 Prozent bei Richtern, 70 Prozent bei Staatsanwälten. 58 Prozent möchten Mitarbeiter beim Zoll verbeamtet sehen, 57 Prozent im militärischen Bereich. Bei anderen Berufsgruppen sieht die große Mehrheit dagegen keine Notwendigkeit für eine Verbeamtung. Das gilt für Lehrer und Erzieher wie für Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung, für Politiker, und vor allem für Mitarbeiter in Staatsbetrieben wie Post und Bahn. Zwei Drittel halten eine Verbeamtung bei Verwaltungsmitarbeitern wie in Finanzämtern oder Landratsämtern nicht für notwendig, 77 Prozent bei Politikern, 64 Prozent auch bei Lehrern. Beamte sprechen sich auf allen Berufs- und Aufgabenfeldern überdurchschnittlich für Verbeamtungen aus. Das gilt insbesondere für Lehrer: Nur 35 Prozent der Bevölkerung, aber 61 Prozent der Beamten plädieren hier für eine Verbeamtung. Bei den anderen Berufsgruppen die Beamten selbst dagegen die Grenze ähnlich wie die Bevölkerung.

Der aktuell diskutierte Vorschlag, selektiv zu verbeamteten, findet auch bei der relativen Mehrheit der Beamten Unterstützung. 78 Prozent der Bürger sind für diesen Vorschlag, 7 Prozent dagegen. Von den Beamten selbst votieren 46 Prozent für, 27 Prozent gegen diese Überlegungen. Unterschiedlich sind die Auffassungen bei Beamten und Gesamtbevölkerung, wenn die Besonderheiten und hier insbesondere die Gratifikationen des Beamtenstatus zur Debatte stehen. In Bezug auf die Beschränkung des Streikrechts sind sich Beamte und nicht verbeamtete Bevölkerungskreise noch weitgehend einig: 49 Prozent der Beamten, 52 Prozent der nicht Verbeamteten votieren für die Beibehaltung des Streikverbots. Relativ viel Unterstützung findet grundsätzlich auch der Kinderzuschlag, der Beamte mit Kindern besserstellt als Kinderlose, auch über das Kindergeld hinaus: 44 Prozent der Bevölkerung halten diese Regelung für richtig, 77 Prozent der Beamten selbst.

Insgesamt finden Vorschläge, die den Sonderstatus von Beamten infrage stellen, in der Bevölkerung jedoch breite Unterstützung, insbesondere die Befreiung von Beiträgen zur gesetzlichen Renten- und Arbeitslosenversicherung: 86 Prozent der Bevölkerung votieren dafür, auch Beamte zu Zahlungen in die Rentenkasse zu verpflichten, 80 Prozent zu Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung. Folgerichtig plädiert die große Mehrheit auch dafür, dass Beamte kündbar sein sollen; ansonsten wären Forderungen nach ihrer Einbeziehung in die Arbeitslosenversicherung kaum vertretbar. Die große Mehrheit spricht sich auch für Änderungen bei der Krankenversicherung von Beamten aus, und gegen regelmäßige Besoldungserhöhungen. Beamte selbst verteidigen verständlicherweise mit überwältigender Mehrheit die Vorteile des Beamtenstatus, insbesondere den Schutz vor Kündigungen, altersabhängige Besoldungserhöhungen, die private Krankenversicherung und die Nichteinbeziehung in die Arbeitslosenversicherung.

Angesichts der Probleme der staatlichen Sozialkassen, insbesondere der Renten- und Krankenversicherung, könnten diese Gratifikationen des Beamtenstatus verstärkt in die Diskussion geraten. Die große Mehrheit verspricht sich insbesondere in Bezug auf die schwierige Lage der Rentenversicherung von der Einbeziehung von Berufsgruppen, die bisher nicht oder nur freiwillig Beiträge leisten, einen signifikanten Beitrag zur Stabilisierung des Systems. Die politischen Reformdiskussionen machen allerdings nicht den Eindruck, dass man dort solchen Überlegungen viel abgewinnen könnte.

Die Stärke der Parteien



Eine Mehrheit hält die Beamten für bessergestellt

